

Adliswil, 28. August 2026

INTERPELLATION von Therese Grunder (FDP) und Daniela Eggenberger (SVP)
betreffend Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung zum
Familienzentrum vom 2. September 2026 in den Räumlichkeiten
des Familienzentrums

Mit SRB 2026-81 beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Verstetigung des Familienzentrums Adliswil. Die für die Lösung der Ausgabenbremse erforderlichen 19 Stimmen kamen in der Sitzung vom 3. Juni 2026 nicht zustande. Am 16. Juni 2026 wurde eine dringliche Motion betreffend «Zwischenfinanzierung des Familienzentrums Adliswil» eingereicht. Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 7. Juli 2026 bereit erklärt die Motion entgegenzunehmen und sie mit SRB 2026-217 bemerkenswerterweise bereits erfüllt, obwohl die Überweisungsdebatte im Grossen Gemeinderat noch aussteht.

Für den 2. September 2026 hat die SP Adliswil zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Familienzentrum eingeladen. Der Anlass findet in den Räumlichkeiten des Familienzentrums statt. Gemäss Einladungstext werden Stadträtin Marianne Oswald, Vertreterinnen der das Familienzentrum betreibenden Stiftung GFZ und der SP «Einblick in die aktuelle Situation und unterschiedliche Perspektiven» geben.

Die direkte Demokratie lebt von geordneten Prozessen, einer freien, unverfälschten Meinungsbildung und der Gleichbehandlung aller politischen Akteure. Behörden sind zu politischer Zurückhaltung verpflichtet: Sie müssen in ihrer Information sachlich, verhältnismässig und transparent bleiben und gerade vor einem Entscheid jede einseitige Nähe zu einzelnen politischen Kräften vermeiden. Das schützt das Vertrauen in die Objektivität staatlichen Handelns. Zurückhaltung gilt analog auch für Institutionen, die im Auftrag der öffentlichen Hand tätig sind und finanziell von einem laufenden politischen Entscheid profitieren. In dieser Interpellation geht es um einen Propaganda-Anlass der Befürworter-Seite in einer städtischen Einrichtung, die selbst Gegenstand des zur Abstimmung stehenden Geschäfts ist. Es tritt ein Mitglied der Exekutive auf, und es beteiligt sich die Leistungserbringerin, deren Weiterfinanzierung unmittelbar zur Debatte steht. Die Durchführung des Anlasses in dieser Konstellation wirft diverse Fragen mit staatspolitischer Bedeutung aus:

1. Wer hat wann die Verwendung der Räumlichkeiten des Familienzentrums für den genannten Anlass genehmigt?
2. Das Familienzentrum befindet sich nicht unter der Liste der mietbaren Objekte der Stadt Adliswil (<https://www.adliswil.ch/raumreservation>). Weshalb wurde die Durchführung dieses Partei-Anlasses dennoch genehmigt? Ist geplant, das Familienzentrum auch für weitere Anlässe zu vermieten?

3. Wie beurteilt der Stadtrat die Lokalität Familienzentrum für den Anlass zu dempendenten, politisch äusserst umstrittenen Geschäft (Zwischenfinanzierung Familienzentrum) unter dem Gesichtspunkt des Gebots der politischen Zurückhaltung der Verwaltung? Wie würde der Stadtrat ähnlich gelagerte Veranstaltungen beurteilen, wie z.B. einen Informationsanlass einer politischen Partei in den Räumlichkeiten des Polizeipostens und unter Beteiligung der Polizeichefin im Hinblick auf die Abstimmung über einen Kredit für die Beschaffung von Predictive Policing-Software?
4. Gemäss Art. 51a Abs. 2 Personalstatut (PeSta) haben sich städtische Angestellte bei ihrer Tätigkeit (auch) politisch neutral zu verhalten. Inwiefern teilt der Stadtrat die Ansicht, dass sich dieses Neutralitätsgebot auch auf Mitarbeitende und insbesondere leitende Mitarbeitende von der Stadt beauftragte Organisationen bezieht?
5. Erachtet es der Stadtrat als vereinbar mit dem Gebot der Zurückhaltung von Behördenmitgliedern in hängigen politischen Geschäften, dass ein Mitglied des Stadtrats an einer einseitig durch Befürworter (SP) bzw. Direktbetroffene (GFZ) organisierten Veranstaltung zu einem noch nicht abschliessend entschiedenen Finanzierungsgeschäft öffentlich Stellung bezieht?
6. Bestehen Richtlinien oder Kriterien (schriftlich festgehalten oder Praxis), nach denen Mitglieder des Stadtrats über eine Teilnahme an Veranstaltungen von Befürwortern oder Gegnern eines hängigen politischen Geschäfts entscheiden?

Therese Grunder (FDP)



Daniela Eggenberger (SVP)

